**Steffen Lehndorff**

# FISKALDIKTAT KONTRA SOZIALMODELL: DIE DEUTSCHE POLITIK IN DER EUROPÄISCHEN KRISE

Immer mehr Länder in Europa gleiten in eine erneute Rezession ab, und einige südeuropäische Länder befinden sich in einer tiefen wirtschaftlichen Depression, die nun teilweise bereits vier Jahre andauert. Die Politik fortgesetzter und einschneidender Ausgabenkürzungen blockiert dabei nicht allein den Weg zu wirtschaftlicher Erholung. Was ebenso besorgniserregend ist: Die Fokussierung auf die kurzfristige Reduzierung der Staatsschulden versperrt die Sicht auf die schweren Fehler, welche in den Jahren vor der Krise gemacht wurden. Diese Fehler müssen aber verstanden werden, wenn der dringend erforderliche Politikwechsel in Europa eingeleitet werden soll. Und dies gilt nicht allein für die sogenannten Krisenländer, sondern ebenso für die vermeintlich gesunden Volkswirtschaften – allen voran Deutschland.

Im Folgenden charakterisiere ich zunächst das Austeritätsregime in der EU, das wesentlich auf Betreiben der deutschen Regierung errichtet worden ist. Daran anschließend analysiere ich das Geschäftsmodell des deutschen Kapitalismus, das hinter dieser Politik steht, und seine Symbiose mit jenem der „Schuldensünder". Abschließend skizziere ich, weshalb die Entwicklung einer Alternative zur gegenwärtigen Krisenpolitik eine äußerst komplexe Herausforderung darstellt, die weit über eine wirtschaftspolitische Kurskorrektur hinausgeht.[1]

## 1. AUTORITÄRES FISKALREGIME ALS VERWIRKLICHUNG DER „MARKTKONFORMEN DEMOKRATIE"

Mit dem offenen Ausbruch der Finanzkrise im Jahre 2008 büßte der bis dahin die Wirtschaftswissenschaft, die Politik und die Medien dominierende Markt-Fundamentalismus seine Überzeugungskraft in hohem Maße ein. Heute lässt sich mit dem Satz „Der Markt regelt es am besten" nur noch auf Umwegen Politik begründen. Der wichtigste dieser Umwege hat einen Namen: „Staatsverschuldung".

Die Fokussierung auf den Abbau der in der Krise sprunghaft angestiegenen Staatsschulden ermöglicht den Regierenden einen verblüffenden Spagat zwischen bankenkritischer Rhetorik und praktischer Politik. Verblüffend insofern, als die Abfolge der Ereignisse ja weithin unbestritten ist (vgl. Abbildung 1). Die Folge wird also zur Ursache erklärt, das Opfer zum Täter.

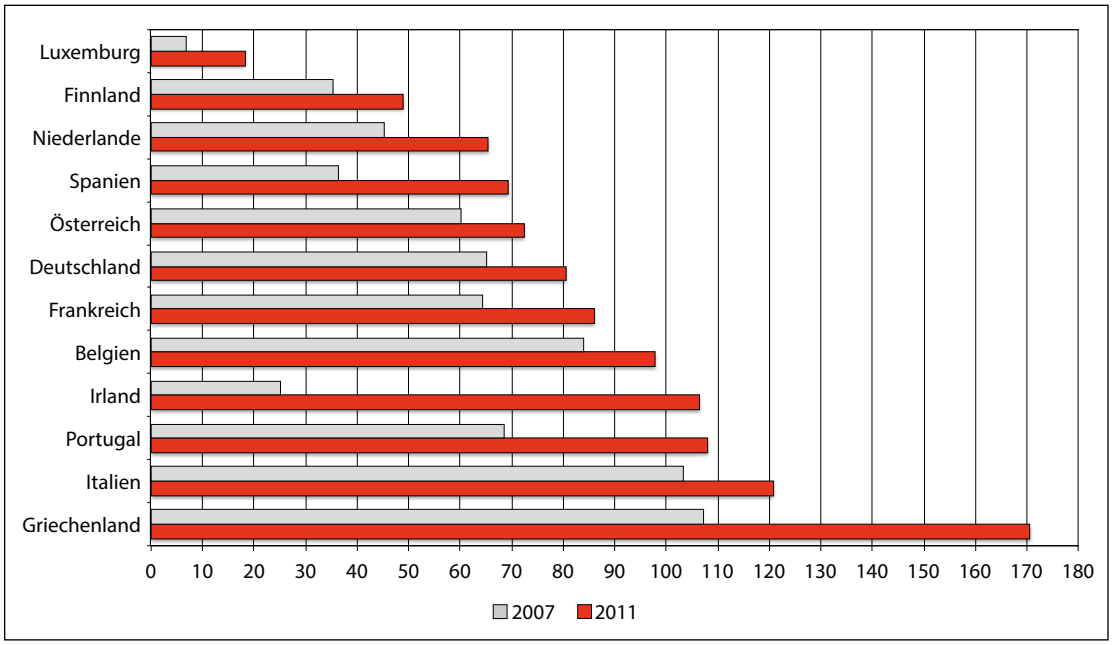
Die Interpretation der Wirtschafts- und Finanzkrise und der Krise der Eurozone als „Staatsschuldenkrise" ist heute der entscheidende Rettungsanker des Neoliberalismus in Europa. So gelingt das, was Paul Krugman (2010) als „den seltsamen Triumph gescheiterter Ideen" bezeichnet hat: „Die Fundamentalisten des freien Marktes haben sich in allem geirrt – doch sie dominieren die politische Szene gründlicher als jemals zuvor." In der EU ist der deutlichste Ausdruck dieses Triumphs die Errichtung eines autoritären Fiskalregimes, das mit der Notwendigkeit legitimiert wird, „das Vertrauen der Märkte wieder zu gewinnen".

[1] Der Beitrag beruht auf meinen Aufsätzen (vgl. Lehndorff 2012a; 2012b).



*Sozialpolitik in Diskussion, Band 13/2013: Seiten 10–21*

**Abbildung 1: Staatsverschuldung in% des BIP (2007 und 2011)***




* Mitgliedsländer der Eurozone 2002.
Quelle: Eurostat.

## 1.1 Austerität plus „Strukturreformen“

Die gesamte Wirtschaftspolitik der EU wird mit einer Serie von einander zum Teil überlappenden Programmen auf die Bekämpfung von Haushaltsdefiziten und Staatsschulden der Mitgliedsländer fokussiert. Dabei soll die Sanierung der öffentlichen Haushalte vorrangig oder sogar fast ausschließlich mithilfe von Ausgabenkürzungen bewerkstelligt werden – die Einnahmenseite ist mit Ausnahme von (degressiv wirkenden) Verbrauchssteuern weitgehend unterbelichtet (vgl. OECD 2012). Leistungsbilanz-Ungleichgewichte werden in der „Excessive Imbalance Procedure“ zwar ebenfalls thematisiert, doch Strafmaßnahmen sind ausschließlich gegen Defizitländer vorgesehen (vgl. Leschke/Theodoropoulou/Watt 2012). Mit dem Fiskalpakt geht die Budgethoheit faktisch auf die sich an der Mainstream-Ökonomie orientierende EU-Kommission über (vgl. Schulmeister 2012). Führend bei der Durchsetzung dieser Perversion des ursprünglichen Gedankens einer – von allen deutschen Regierungen stets abgelehnten – europäischen Wirtschaftsregierung war die deutsche Bundesregierung.

Bemerkenswert ist dabei, dass die Dramatik der – für die Erringung des „Vertrauens der Märkte“ für erforderlich gehaltenen – „Konsolidierungsmaßnahmen“ in keinem direkten Zusammenhang mit der Höhe des öffentlichen Schuldenstandes steht. Dies gilt nicht nur im weltwirtschaftlichen Vergleich, wie das Beispiel Japans wohl am eindrucksvollsten belegt, sondern ebenso innerhalb der Eurozone: Spaniens Staatsschuldenquote war vor der Krise etwas mehr als halb so hoch wie die in Deutschland; erst in Folge der Krise und der gegenwärtigen tiefen Rezession liegt sie jetzt (2013) ungefähr auf deutschem Niveau.

Nennenswert ist darüber hinaus, dass die „Konsolidierungsprogramme“ mit sogenannten „Strukturreformen“ verknüpft werden, bei denen zwar ebenfalls kein direkter Bezug zu den Staatsschulden erkennbar ist, deren Inangriffnahme jedoch zur Bedingung für Kredite aus den

Rettungsfonds gemacht wird. Ihr erklärter Zweck ist die Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und damit die Stärkung des „Vertrauens der Märkte“. So enthalten die seit dem Sommer 2010 beschlossenen „Reformprogramme“ in Spanien neben diversen Kürzungen im Staatshaushalt und im Sozialsystem, einschließlich der Übernahme des deutschen Exportschlagers „Rente mit 67“, solche Maßnahmen wie die Lockerung des Kündigungsschutzes durch Ausschaltung der Konsultation mit dem Betriebsrat, den Vorrang von Firmen- vor Flächentarifverträgen, die Aufgabe der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen sowie das Einfrieren des gesetzlichen Mindestlohns in der Privatwirtschaft. Ähnlich in Griechenland: Hier kam es zur Erleichterung und Verbilligung von Kündigungen, Verlängerung des zulässigen Zeitraums für aufeinander folgende befristete Arbeitsverträge, Aufhebung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen sowie zum Vorrang von Firmen- vor Flächentarifverträgen; die Senkung des Mindestlohns in der Privatwirtschaft ist ins Auge gefasst (Hermann/Hinrichs/Brosig 2012; Hermann/Hinrichs/Brosig in diesem Band; Clauwaert/Schömann 2012).

Diese Auflagen haben nichts mit dem jeweils spezifischen Reformbedarf auf den Arbeitsmärkten dieser Länder zu tun, sondern sind Ergebnis einer schematischen Betrachtungsweise insbesondere der EU-Kommission, nach der eine breite Skala von Deregulierungsmaßnahmen auf dem Arbeitsmarkt von Raum und Zeit unabhängig als beschäftigungsfördernd eingestuft wird (vgl. European Commission 2012). Die den Krisenländern vorgegebenen „Reformen“ entsprechen durchweg diesem Katalog.

Ganz offensichtlich haben wir es hier mit einer, wie Karamessini (2012, 167) schreibt, „Beschleunigung des neoliberalen Projekts“ in seiner ganzen Bandbreite zu tun. In der EU wird dies mithilfe einer abgestuft begrenzten staatlichen Souveränität vorangetrieben: Strenge Auflagen für alle „Schuldensünder“ in der EU und – strafverschärfend – Verweigerung jeglichen nationalen Handlungsspielraums innerhalb der Eurozone, deren Mitgliedsländern ja nicht mehr die Möglichkeit einer eigenständigen Geldpolitik offensteht. In der dadurch entstehenden ausweglosen Situation wird den nationalen Regierungen dann aus Berlin via Brüssel diktiert, welcher Weg einzuschlagen sei.[2] Regierungen von Euro-Ländern werden zum Spielball von Finanzkonzernen, weil letzteren durch mangelhafte Regulierung und fehlendes Gegensteuern der EZB die Möglichkeit dafür gegeben wird. Bundeskanzlerin Merkel bezeichnete dies einmal treffend als „marktkonforme Demokratie“. Auf diese Weise wird der bekannte Kern der alten neoliberalen Agenda – die Verstümmelung des Öffentlichen und die Deregulierung des Arbeitsmarkts – mit neuem Schwung und voller Wucht weiterverfolgt.

## 1.2 Krank machende Medizin

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Austeritätspolitik sind dramatisch (vgl. zu Spanien Banyuls/Recio 2012; zu Griechenland Karamessini 2012). Die Volkswirtschaften werden in eine sich vertiefende Rezession getrieben, in deren Folge die Staatsschulden im Verhältnis zum BIP trotz abnehmenden Haushaltsdefizits sogar zunehmen, anstatt zu sinken. Dies ist vom IWF mittlerweile bestätigt (vgl. Blanchard/Leigh 2013), allein die EU-Kommission verweigert sich der Einsicht in diesen Zusammenhang.

[2] Selbstverständlich ist diese Darstellung stark vergröbernd. In der Praxis verläuft die Durchsetzung der deutschen Dominanz in der EU sehr konfliktreich. Doch die besondere Rolle der Bundesregierung wird bereits daran erkennbar, dass sie nur noch von zwei weiteren Regierungen (Finnland und bislang die Niederlande) durchgängig und vorbehaltlos unterstützt wird – für 17 Mitgliedsländer eine bemerkenswerte Relation. Nicht zufällig titelte die Financial Times am 22. Oktober 2012: „Welcome to Berlin, Europe’s new capital“.

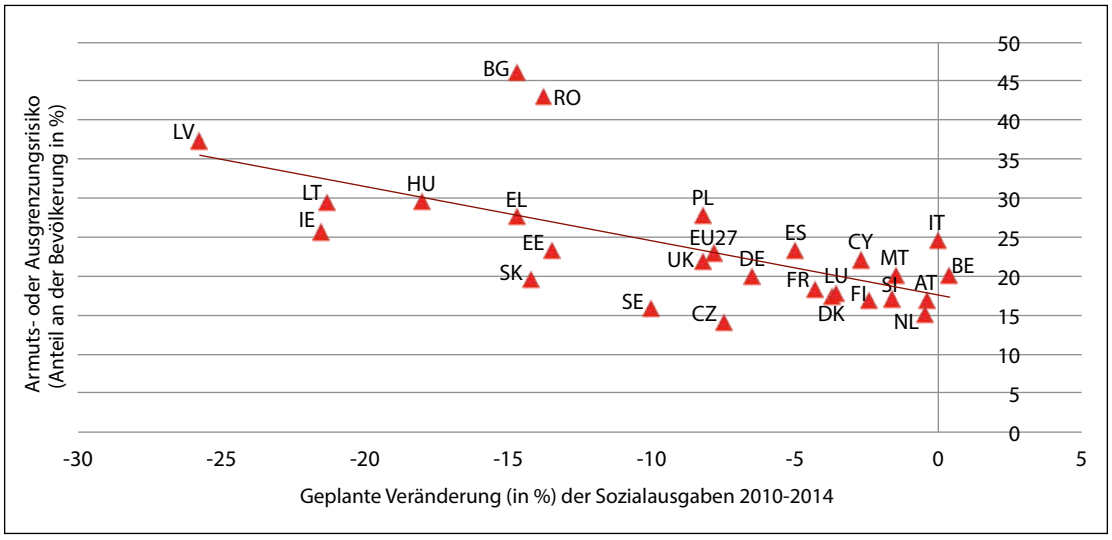


Sozialpolitik in Diskussion, Band 13/2013: Seiten 10–21

Wenn gelegentlich bei einzelnen Ländern Hoffnungsschimmer am Horizont ausgemacht werden (v. a. wegen eines Ausgleichs der Leistungsbilanzen), dann hängt dies zum einen damit zusammen, dass der Binnenmarkt in einem solchen Ausmaß eingebrochen ist, dass auch die Importe stark zurückgehen und dadurch der Ausgleich erfolgt. Soweit dabei zugleich Exporte gesteigert werden können, indem die preisliche Wettbewerbsfähigkeit erhöht wird, sind darin die Vorboten einer primär auf Billigproduktion setzenden Strategie erkennbar, deren Zukunftsfähigkeit äußerst fraglich ist.

Während die wirtschaftlichen Folgen des Austeritätskurses also verheerend sind und unklar ist, wann und wie der untere Wendepunkt erreicht sein wird, ist einstweilen nur gewiss, dass die soziale Ungleichheit massiv verschärft wird. Aktuelle Untersuchungen der OECD (2012) belegen den Zusammenhang zwischen der Kürzung von Transferleistungen im Rahmen von Austeritätspolitik und einer zunehmenden Ungleichheit der Einkommensverteilung. Diese Problematik wird nun im Rahmen des „Stabilitäts- und Wachstumspakts“ der EU dadurch verschärft, dass in den Mitgliedsländern mit dem heute bereits höchsten Armutsrisiko die stärksten Kürzungen der Sozialausgaben geplant sind (vgl. Abbildung 2).

**Abbildung 2: Armutsrisiko und geplante Kürzungen der Sozialausgaben (Geld- und Sachleistungen), EU-27**




Stand: Planungen von 2011.
Quelle: Leschke/Theodoropoulou/Watt 2012, 271.

Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass die gegenwärtige Politik in Spanien, Portugal und Griechenland größere Teile der Bevölkerung in die Verarmung treibt und zugleich wachsenden Teilen der jungen Generation eine Beschäftigungsperspektive raubt. Wenn jetzt gelegentlich davon gesprochen wird, dass Licht am Ende des Tunnels zu sehen sei, weil in Folge der veränderten Politik der EZB die spekulativen Attacken auf Staatsanleihen der Krisenländer aufgehört haben, ist dies voreilig. Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Krisenländer vertiefen sich weiter – dies ändert sich nicht allein deshalb, weil die akuten Refinanzierungsprobleme dieser Staaten einstweilen überwunden sind (vgl. Horn/Gechert/Herzog-Stein/Rietzler/Stephan/Tober/Watt 2013).

### 1.3 Fass ohne Boden?

Bei der Durchsetzung dieser Politik spielen trotz aller Europa-Rhetorik rechter Populismus und „nationale“ Egoismen eine erhebliche Rolle. In letzter Zeit wird in Deutschland vor allem (aber nicht nur) von CSU- und FDP-PolitikerInnen das Bild vom „Fass ohne Boden“ gebraucht, in das man das Geld deutscher SteuerzahlerInnen nicht unbegrenzt schütten dürfe. Bei diesen Äußerungen, aber auch bei den weitaus diplomatischeren Formulierungen der deutschen Bundesregierung bleibt unerwähnt, dass die „Hilfe“ bislang zunächst bedeutet, Kredite zu vergeben, um Refinanzierungen zu erleichtern. Natürlich ist jeder Kredit mit einem Ausfallrisiko verbunden. Genau darum geht es letztlich und deshalb wäre es sinnvoll, wenn die öffentliche Debatte auf die Frage gerichtet würde, wie die Gläubiger möglichst schnell ihre Wirtschaft wieder in Gang bringen können, damit sie die Kredite sicher bedienen können. Stattdessen werden sie von denselben PolitikerInnen gezwungen, die Wirtschaft ihrer Länder abzuwürgen. Dies mag absurd erscheinen, und das ist es wohl auch.

Die daraus entstehende unmittelbare Krisendividende für den deutschen Staatshaushalt ist nicht zu vernachlässigen. Bislang ist die Neuverschuldung nicht allein deshalb weitaus weniger rasch angestiegen als ursprünglich befürchtet, weil das Wachstum der Wirtschaft und der Steuereinnahmen in den Jahren 2009 bis 2012 überraschend kräftig war (auf diese Weise wurde sogar ein positiver Wachstumsbeitrag der Staatsausgaben zum BIP ermöglicht – ein Effekt, der anderen Ländern mit Hinweis auf die Notwendigkeit des sofortigen Abbaus der Neuverschuldung verwehrt wird). Wichtig ist darüber hinaus der sogenannte „safe haven effect“ (vgl. Deutsche Bundesbank 2011a, 42): Deutsche Bundesanleihen wurden ein so begehrtes Anlageobjekt, dass ihre Zinsen von knapp 5% vor der Krise mittlerweile auf Werte gesunken sind, die unter der Inflationsrate liegen. Deutschland verschuldet sich, wenn man so will, gegenwärtig real zum Nulltarif. Im Zuge der laufenden Refinanzierung der Staatsschuld können dadurch Anleihen mit höherer Verzinsung gegen solche mit niedrigerer getauscht werden. Hinzu kommen niedrigere Zinslasten durch die konjunkturbedingt niedrigen EZB-Zinsen – alles in allem Einsparungen, die das Kieler Institut für Weltwirtschaft für die zurückliegenden drei Jahre auf 68 Mrd. Euro schätzt (vgl. Handelsblatt 14. August 2012).

Nun sind all dies Kurz- oder allenfalls Mittelfristeffekte. Falls es zu weiteren Schuldenschnitten kommt oder die Eurozone ganz zusammenbricht, treten natürlich erhebliche Verluste auf, und zwar nicht allein für den Staatshaushalt, sondern vor allem im Fall des Zusammenbruchs in großen Teilen der Wirtschaft. Deshalb ist die Frage nach den Reformen, die einzuleiten sind, um verschiedene Varianten von Schreckensszenarien abzuwenden, mehr als berechtigt.

## 2. DAS DEUTSCHE GESCHÄFTSMODELL VERURSACHT EINEN REFORMSTAU

Wie bereits ausgeführt, gehört das Anmahnen von „Strukturreformen“ in den „Problemländern“ zum Standardrepertoire deutscher PolitikerInnen, WirtschaftsexpertInnen sowie JournalistInnen. Dies folgt der bisherigen Logik der Europäischen Währungsunion. Spätestens mit dem Vertrag von Maastricht und der Einführung des Binnenmarkts wurde die EU zu einem „Projekt der Staatenkonkurrenz“ (vgl. Troost/Hersel 2012) entwickelt, weil getreu der vorherrschenden Lehre davon ausgegangen wurde, dass der freie Markt zum größten Nutzen aller sei. Wenn nun auf diesem – um es vorsichtig zu formulieren – fragwürdigen Fundament eine Währungsunion sehr unterschiedlicher Volkswirtschaften errichtet wird, kann einem Ausein-



*Sozialpolitik in Diskussion, Band 13/2013: Seiten 10–21*

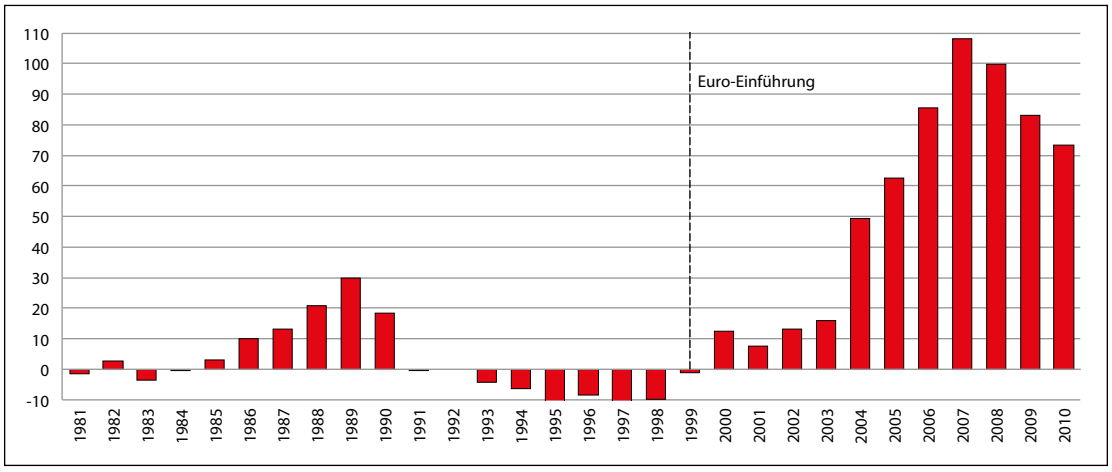
anderdriften dieser Volkswirtschaften nicht länger durch nationalstaatliche Währungspolitik entgegengewirkt werden. Was benötigt würde wäre nicht allein eine koordinierte Steuer- und Fiskalpolitik, sondern ebenso eine abgestimmte Wirtschafts- und Sozialpolitik, die auf die Angleichung der Leistungsfähigkeit dieser unterschiedlichen Volkswirtschaften gerichtet sein müsste. Was für einen Länderfinanzausgleich in der D-Mark-Zone Deutschland immer schon galt, gilt für eine noch weitaus zerklüftetere Eurozone allemal.

Dass dieser Konstruktionsmangel in der gegenwärtigen Krise dadurch überwunden werden soll, dass seine einseitige Fixierung auf Haushaltsdefizite und Staatsschulden beibehalten, aber gleichzeitig die „Koordinierung" ohne demokratische Fundierung erzwungen wird, lässt sich nicht allein mit neoliberalem Dogmatismus erklären, obwohl dieser sicher eine kaum zu unterschätzende Rolle spielt. Zumindest bei der deutschen Bundesregierung dürfte auch die Illusion hinzukommen, auf diese Weise an dem bisherigen als vorbildlich erachteten Geschäftsmodell des deutschen Kapitalismus innerhalb Europas festhalten zu können.

## 2.1 „Hartz IV vergiftet Europa"

Die Exportlastigkeit des deutschen Modells ist zwar seit einiger Zeit in die Kritik geraten, doch ist nicht immer klar, was daran genau bemängelt wird. Die Exporterfolge der deutschen Industrie haben ihre stärksten Fundamente in der hohen Spezialisierung und Produktqualität, der Serviceorientierung der Unternehmen und der Flexibilität und Qualifikation der Beschäftigten. Es würde sicher niemandem dienen, diese weltweit anerkannten Stärken außer Kraft zu setzen. Zum Problem für die Eurozone wurde dieses Modell erst dadurch, dass die produktbezogenen Stärken massiv durch eine Senkung der Lohnstückkosten im Verhältnis zu den übrigen EU-Ländern ergänzt wurden: Von 2000 bis 2010 gingen die durchschnittlichen Reallöhne pro Kopf in Deutschland um 4% zurück, während die Arbeitsproduktivität ungefähr im EU-Durchschnitt anstieg. Dies begünstigte einen besonders niedrigen Preisniveauanstieg, so dass die deutschen Exporterfolge, wie es die Deutsche Bundesbank (2011b, 17) zurückhaltend formuliert, auch von der „Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit Impulse" erhielten. Während in den zurückliegenden Jahrzehnten der Wechselkurs-Anpassungsmechanismus bei derartigen Entwicklungen einen gelegentlichen Ausgleich zugunsten schwächerer

**Abbildung 3: Leistungsbilanzsalden Deutschlands mit den Ländern des Euroraums, in Mrd. €**




Quellen: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

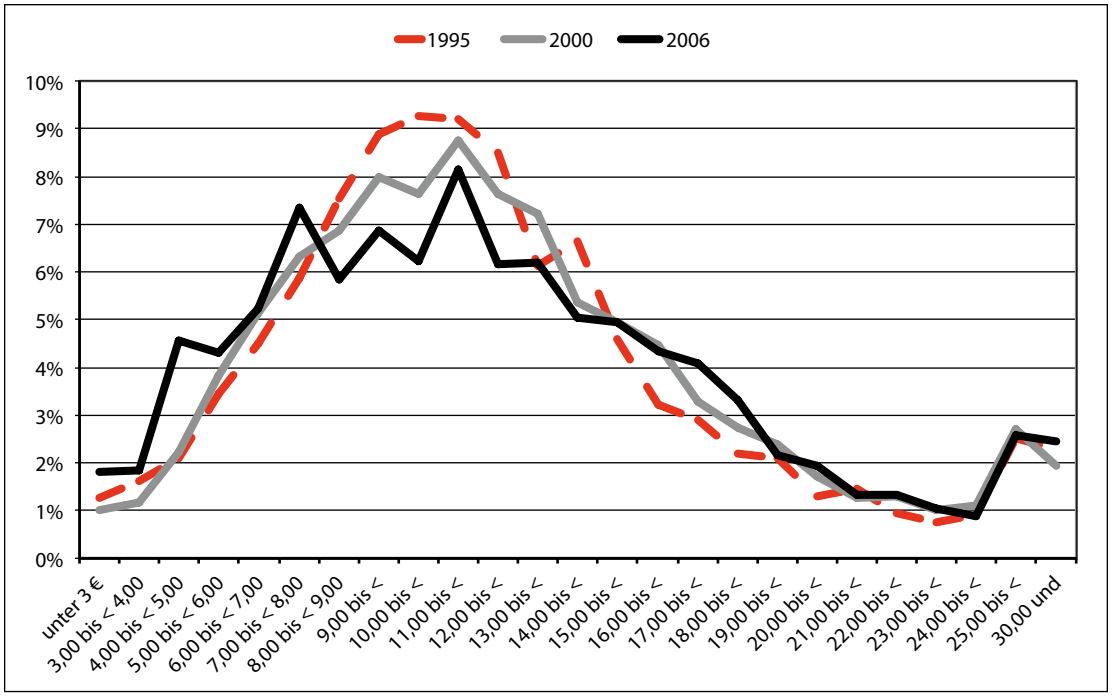


*Sozialpolitik in Diskussion, Band 13/2013: Seiten 10–21*

Volkswirtschaften ermöglicht hatte, waren mit der Währungsunion immerhin zwei Fünftel des deutschen Außenhandels von dieser Last befreit. Das deutsche Geschäftsmodell konnte nun in einer erweiterten D-Mark-Zone so aufblühen, wie es seit den Verträgen über die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWU) in den 1990er-Jahren angestrebt war. Beeindruckendster Ausdruck dieses Erfolgs war der dramatische Anstieg der Leistungsbilanzüberschüsse wenige Jahre nach der Einführung des Euro (vgl. Abbildung 3).

Noch wichtiger als die Erhöhung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit dürfte jedoch die mit der Stagnation des deutschen Binnenmarkts verbundene Reduzierung von Exportmöglichkeiten anderer Länder in die größte europäische Volkswirtschaft sein. Die binnenwirtschaftliche Imbalance in Deutschland wurde zur wichtigsten Quelle der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte, die auch weiterhin schwer wie Bleigewichte an der Eurozone hängen (vgl. Joebges/Logeay 2012). Man kann es so zuspitzen: Deutschland exportiert nicht zu viel, sondern importiert zu wenig. Die vielfach gerühmte „Lohnmäßigung" ist wesentlich auf das Wachstum des Niedriglohnsektors zurückzuführen (vgl. Abbildung 4).

**Abbildung 4: Verteilung der Stundenlöhne, 1995/2000/2006 (abhängig Beschäftigte)**




Quelle: Bosch/Kalina 2008.

Dahinter stecken vor allem die in den zurückliegenden zehn Jahren durchgesetzten Strukturbrüche im deutschen Beschäftigungssystem, deren wichtigste Elemente hier nur stichwortartig aufgezählt werden können (vgl. dazu ausführlicher mit Quellenangaben Lehndorff 2012b):

1. Die traditionelle Architektur des Tarifvertragssystems ist (auch unter den Wirkungen von Outsourcing, Privatisierungen und Steuersenkungen) auseinandergebrochen. Heute ist die Kluft zwischen den Arbeitskosten in der Industrie einerseits und den privaten wie öffentlichen Dienstleistungen andererseits so groß wie in keinem anderen EU-Land. Die De-facto-Aushebelung des europäischen Equal-pay-Rechtsgrundsatzes durch die Bundesregierung ebnete darüber hinaus den Weg für Dumping-Tarifverträge in der Leiharbeit.

2. Durch den Rückgang der Tarifbindung, die Demontage des Instruments der Allgemeinverbindlicherklärung von Flächentarifverträgen sowie die zahlreichen lokalen Abweichungen von denselben ist das Tarifvertragssystem so stark geschwächt, dass die effektiven Lohnsteigerungen von 2000 bis 2010 im Durchschnitt fast 50% unter den tarifvertraglichen Lohnerhöhungen lagen.

3. Der seit 2003 eingeleitete Systemwechsel in der Arbeitsmarktregulierung im Rahmen der „Agenda 2010“ löste eine die tariflichen und effektiven Löhne in größeren Teilen des Arbeitsmarkts betreffende Sogwirkung nach unten aus. „Hartz IV vergiftet Europa“, so brachte ein Kommentator der Financial Times Deutschland den Zusammenhang auf den Punkt (vgl. Münchau 2010).

4. Diese Prekarisierung entfaltet ihre volle Dynamik durch das Fortbestehen des konservativen Wohlfahrtsstaats in Deutschland, der eine begrenzte Teilnahme von Frauen am Erwerbsleben teils erzwingt und mit der öffentlichen Subventionierung von Niedriglöhnen und insbesondere der Förderung von „Minijobs“ sogar unterstützt.

Als Ergebnis dieser Umbrüche sank die Lohnquote bis zum Vorabend der Krise um mehr als sechs Prozentpunkte – einer der stärksten Rückgänge in der EU. Hinzu kam, dass aufgrund der Steuerreformen der rot-grünen Bundesregierung die Veränderungen in der Primärverteilung deutlich weniger, als dies zuvor üblich war, durch die Sekundärverteilung abgeschwächt wurden. Infolgedessen nahm die Ungleichheit in der Wachstumsphase 2004–2008 besonders stark zu: Leicht rückläufigen Nettolöhnen stand ein Anstieg der Kapitaleinkommen (Einkommen privater Haushalte aus Unternehmertätigkeit und Vermögen) um fast 20% gegenüber.

Diese massive Umverteilung zugunsten von Gewinnen und Kapitaleinkommen in Deutschland hat maßgeblich zum Entstehen der Krise beigetragen (vgl. Horn/Dröge/Sturn/van Treeck/Zwiener 2009). Denn für das nicht profitabel investierbare Geldkapital mussten Einsatzfelder außerhalb der inländischen Produktion von Gütern und konsumierbaren Dienstleistungen gesucht werden. Und sie wurden auch gefunden: In der boomenden Finanzmarktblase spielten deutsche Gewinne und Vermögenseinkommen eine wichtige Rolle. Zahlreiche Deregulierungen des Finanzsektors seit Ende der 1990er-Jahre hatten die Türen dafür weit geöffnet. Deutschland wies nach China den zweitgrößten Kapitalüberschuss der Welt auf. Deutsche Banken und andere Anleger gehörten zu den größten ausländischen Kreditgebern sowohl des verschuldeten US-Privatsektors als auch von Griechenland, Irland, Portugal und Spanien (vgl. Bofinger 2010). Es ist deshalb nur eine kleine journalistische Übertreibung, wenn ein britischer Zeitungskommentator schreibt: „Germany blew the bubbles that popped up in the rest of Europe“ (vgl. Guardian, 25. August 2011).

Spätestens hier wird deutlich, dass dieses Geschäftsmodell erheblich von der Mittäterschaft der führenden Akteure in den heutigen „Problemländern“ profitierte. „Der Exportüberschuss einiger westeuropäischer Länder ist durch auslandskreditfinanzierten Import der Defizitländer ermöglicht worden“ (vgl. Becker/Jäger 2009, 544).

## 2.2 Die Symbiose

Vor der Krise hat trotz aller Leistungsbilanzdefizite niemand in der EU einen Anlass gesehen, den „Problemländern“ einen solchen Status zu verleihen. Immerhin waren die Wachstumsra-



*Sozialpolitik in Diskussion, Band 13/2013: Seiten 10–21*

ten der heutigen „Schuldensünder“ (mit Ausnahme Italiens) deutlich höher als die Deutschlands. Auch hatten ihre Regierungen sich teilweise schon seit Langem immer wieder um neoliberal inspirierte Arbeitsmarktreformen bemüht – wenn auch nicht ganz so konsequent, wie sie eine deutsche Bundesregierung dann ins Werk setzte. Im Ergebnis gehören die Arbeitsmärkte Italiens und Spaniens zu den am stärksten dualisierten in Europa.[3] Doch dadurch wird keine Volkswirtschaft gesund.

Und krank waren sie alle, aber jede hatte und hat ihre ganz eigene Krankheit: Das völlig auf das Anziehen von ausländischen Direktinvestitionen und Schattenbanken fokussierte Modell Irlands (vgl. Wickham 2012); der – ebenso wie in Irland – mit hoher privater Verschuldung einhergehende und zudem die Umwelt zerstörende Immobilienboom in Spanien (vgl. Banyuls/Recio 2012); die Profit-Preis-Spirale in Griechenland mit katastrophalen Auswirkungen auf die Leistungsbilanz, in Verbindung mit einer extrem schwachen Steuerbasis bei gleichzeitiger Abwesenheit irgendeines wirtschaftlichen Entwicklungskonzepts (vgl. Karamessini 2012); und in Italien die „wachstumsbehindernde Vetternwirtschaft, Korruption und bürokratische Ineffizienz“ zusammen mit dem Fehlen jeglicher Industriepolitik und einer ausgeprägt starken Kombination von „Steuervermeidung, Steuerflucht und Steuersenkungen“ in einem Land, dessen private Geldvermögen in Relation zum BIP zu den höchsten Europas zählen (vgl. Simonazzi 2012; Commerzbank 2011).

Das durch den Euro ermöglichte Niedrigzinsmodell hat einige Jahre lang gut funktioniert – nicht nur für die Oberschichten, vielfach auch für die Mittelschichten dieser Länder. Doch jetzt ist, wie Wickham (2012, 59) für Irland schreibt, „die Party vorbei“. Die im Geiste eines neoliberalen Dogmatismus konzipierten europäischen Projekte des Binnenmarktes und der Währungsunion, die von den Regierungen aller beteiligten Länder gutgeheißen wurden, haben keine zukunftsfähigen wirtschaftlichen Entwicklungspfade eröffnet. Dies zahlt sich jetzt bitter aus.

## 3. HERAUSFORDERUNGEN

Die Verantwortlichen für die Eurozone in ihrer bisherigen Konstruktion stehen vor einem Scherbenhaufen. Derzeit scheint es nur die Wahl zwischen einem Ende mit Schrecken oder einem Schrecken ohne Ende zu geben. Die erste Variante, also die Auflösung der Eurozone oder deren Reduzierung auf einige wenige Kernländer, wäre zumindest kurzfristig extrem teuer. Wirtschaft und Staatshaushalt in Deutschland müssten sogar wegen der massiven Aufwertung des neuen Nord-Euro oder der D-Mark und des drohenden Verlustes großer Gläubigerpositionen gegenüber anderen Ländern mit den stärksten Einbußen rechnen. Die FAZ (16. Juli 2012) zitiert die Autoren einer Studie der Bank of America Merill Lynch mit dem Fazit, „während es Deutschland am leichtesten fallen sollte, einen geordneten Euro-Austritt zu erreichen, hat das Land zugleich den geringsten ökonomischen Anreiz, das zu tun“.[4] Es ist anzunehmen, dass

[3] Am Vorabend der Krise hatte rund ein Drittel der Beschäftigten in Spanien einen befristeten Arbeitsvertrag (90% aller neu abgeschlossenen Arbeitsverträge waren befristet). In Italien stellen befristete Arbeitsverträge für viele Jugendliche den einzigen Zugang zum Arbeitsmarkt dar – mit Einstiegslöhnen, die vor der Krise wieder auf das Niveau gesunken waren, das sie 20 Jahre zuvor hatten (vgl. Banyuls/Recio 2012; Simonazzi 2012).

[4] Mit nationaler Währung wäre die deutsche Wirtschaft bereits in den letzten Jahren – im Zeitraum von Mitte 2009 bis Mitte 2011 – wegen höherer Zinsen und eines ungünstigeren Wechselkurses um rund 40% weniger gewachsen. Die Forschungsabteilung der öffentlichen KfW-Bank (Kreditanstalt für Wiederaufbau), von der diese Modellrechnung stammt, hat ihre Schätzung mit einem bemerkenswerten Kommentar versehen: „Dieser Vorteil muss (zumindest argumentativ) auch den Belastungen gegenübergestellt werden, die sich durch die Staatschuldenkrise in den Peripherieländern ergeben“ (KfW 2011, 1).

sich die Bundesregierung vor diesen auch für sie erkennbaren wirtschaftlichen Gefahren – neben den unüberschaubaren politischen Kollateralschäden – in Verbindung mit einer Auflösung der Eurozone fürchtet und diese deshalb bis auf Weiteres zu vermeiden sucht.

Also dann ein immer wiederkehrender Schrecken ohne absehbares Ende? Bislang sieht es danach aus. Die mögliche Folge ist eine länger anhaltende Rezession oder sogar Depression in Europa, die auch die deutsche Wirtschaft erheblich beeinträchtigen wird. Um Wege aus dieser Sackgasse zu finden, ist eine öffentliche Debatte über einen Kurswechsel in Richtung einer Art europäischer Wirtschaftsregierung erforderlich, die sich sowohl im Inhalt ihrer Politik als auch in ihrer demokratischen Legitimation radikal vom gegenwärtigen „Stabilitäts- und Wachstumspakt" unterscheiden müsste (vgl. Bofinger/Habermas/Nida-Rümelin 2012). Sie würde eine erhebliche Begrenzung und Besteuerung des Finanzsektors einschließen und letztlich auf eine europäische Solidarunion hinauslaufen müssen, in der die Überschüsse der einen strategisch eingesetzt werden, um andere leistungsfähiger zu machen (vgl. Troost/Hersel 2012).

Aber – und hier liegt eine mindestens ebenso große Herausforderung – diese Rechnung kann nur aufgehen, wenn in den Ländern der Euro-Peripherie grundlegende Reformen eingeleitet werden, mit denen die Voraussetzungen für nachhaltigere Modelle der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung geschaffen werden. Wenn es jedoch richtig ist, dass der neoliberale Umbruch im deutschen Kapitalismus zu den Wurzeln der Krise der Eurozone gehört und die deutsche Politik mittlerweile zum Haupthindernis für die Überwindung dieser Krise geworden ist, dann sind Reformen in Deutschland für einen Ausweg aus der Krise ebenso wichtig wie Reformen in den Defizitländern. Sehr wahrscheinlich sind sie sogar die Voraussetzung für alles andere. Mehr sozialer Ausgleich innerhalb der größten europäischen Volkswirtschaft sowie eine steuerfinanzierte Stärkung des öffentlichen Sektors zugunsten gesellschaftsorientierter Dienstleistungen und ökologischer Modernisierung würden den permanenten Sozialabbau- und Lohnsenkungsdruck auf andere Länder der Währungsunion verringern und diesen mehr Spielraum geben, ihre eigenen Wirtschafts- und Sozialmodelle zu erneuern.

Soziale Reformen in den Mitgliedsländern der EU, allen voran Deutschland, und die Neuorientierung der wirtschaftlichen und sozialen Integration Europas auf der Basis einer demokratischen Neubegründung ihrer Institutionen hängen zukünftig untrennbar voneinander ab.

## BIBLIOGRAFIE


*Banyuls,* Josep und Albert *Recio* (2012), Der Albtraum des mediterranen Neoliberalismus. Spanien nach dem Scheitern des „dritten Weges", in: *Lehndorff* (Hg.), Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt, Hamburg, 207–225.

*Becker,* Joachim und Johannes *Jäger* (2009), Die EU und die große Krise, in: Prokla 157, 541–558.

*Blanchard,* Olivier and Daniel *Leigh* (2013), Growth Forecast Errors and Fiscal Multipliers (= IMF Working Paper 13/1), Washington.

*Bofinger,* Peter, Jürgen *Habermas* und Julian *Nida-Rümelin* (2012), Einspruch gegen die Fassadendemokratie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4. August 2012.

*Bosch,* Gerhard and Thorsten *Kalina* (2008), Low-wage work in Germany: an overview, in: *Bosch* Gerhard and Claudia *Weinkopf* (Eds.), Low-wage work in Germany, New York, 19–112.

*Clauwaert*, Stefan and Isabelle *Schömann* (2012), The crisis and national labour law reforms: a mapping exercise. Annex to Working Paper 2012.04, European Trade Union Institute (ETUI), Brüssel; download: http://www.etui.org/Publications2/Working-Papers/The-crisis-and-national-labour-law-reforms-a-mapping-exercise.

*Commerzbank* Economic Research (2011), Wie lässt sich die Staatsschuldenkrise lösen?, in: Woche im Fokus, 25. November 2011. download: https://www.commerzbank.de/media/de/research/economic_research/aktuelles_research/1125/WiF2.pdf.

*Deutsche Bundesbank* (2011a), Renditedifferenzen von Staatsanleihen im Euro-Raum, Monatsbericht Juni 2011, 29–47.

*Deutsche Bundesbank* (2011b), Zur Entwicklung der Ausfuhr in den vier großen EWU-Mitgliedstaaten seit Beginn der Währungsunion, Monatsbericht Juli 2011, 17–38.

*European Commission* (2012), Labour Market Developments in Europe 2012, European Economy 5/2012.

*Hermann*, Christoph, Karl *Hinrichs* und Magnus *Brosig* (2012), Die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf Sozialstaaten und Arbeitsbeziehungen – ein europäischer Rundblick (= Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien); download: http://wien.arbeiterkammer.at/bilder/d184/Forba-Studie_Finanzkrise_2012_neu.pdf.

*Horn*, Gustav, Katharina *Dröge*, Simon *Sturn*, Till *van Treeck* und Rudolf *Zwiener* (2009), Von der Finanzkrise zur Weltwirtschaftskrise (III) – Die Rolle der Ungleichheit, Düsseldorf.

*Horn*, Gustav, Fabian *Lindner* und Thorsten *Niechoj* (2011), Schuldenschnitt für Griechenland – ein gefährlicher Irrweg für den Euroraum, IMK-Report 63.

*Horn*, Gustav, Sebastian *Gechert*, Alexander *Herzog-Stein*, Katja *Rietzler*, Sabine *Stephan* Silke *Tober* und Andrew *Watt* (2013), Inmitten der Krise des Euroraums, IMK-Report 79.

*Joebges*, Heike und Camille *Logeay* (2012), Deutschlands Anteil an Stabilitätsproblemen im Euroraum, in: Thomas *Sauer* (Hg.), Die Zukunft der Europäischen Währungsunion: Kritische Analysen, Marburg, 69–90.

*Karamessini*, Maria (2012), Der Neoliberalismus statuiert ein Exempel. Die griechische Tragödie, in: Steffen *Lehndorff* (Hg.), Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt, Hamburg, 165–189.

*Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)* (2011), Abschätzung des quantitativen Vorteils des Euro für Deutschland gegenüber einer fiktiven D-Mark; download: http://www.kfw.de/kfw/de/KfW-Konzern/Research/Aktuelles/PDF-Dokumente_Research/DM_Szenario_.pdf.

*Krugman*, Paul (2010), When Zombies Win, in: New York Times, 19. Dezember 2010; download: http://www.nytimes.com/2010/12/20/opinion/20krugman.html?_r=1&ref=paulkrugman&pagewanted=print.

*Lehndorff*, Steffen (Hg., 2012a), Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt, Hamburg.

*Lehndorff*, Steffen (Hg., 2012b), Vom kranken Mann zur schwäbischen Hausfrau. Die neue Karriere des „Modells Deutschland“, 89–119.

*Leschke*, Janine, Sotiria *Theodoropoulou* und Andrew *Watt* (2012), Die „neue wirtschaftspolitische Steuerung“ auf EU-Ebene, in: Steffen *Lehndorff* (Hg.), Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt, Hamburg, 247–283.

*Münchau*, Wolfgang (2010), Hartz IV vergiftet Europa, in: Financial Times Deutschland, 30. September 2010.

*OECD* (2012), Wirtschaftsausblick 92, November 2012, vorläufige Ausgabe, Paris.

*Schulmeister*, Stephan (2012), EU-Fiskalpakt: Strangulierung von Wirtschaft und Sozialstaat, Wien; download: http://stephan.schulmeister.wifo.ac.at/index.php?id=6 (25. August 2011).

*Simonazzi*, Annamaria (2012), Chronik einer angekündigten Krise. Italien und seine Hausaufgaben, in: Steffen *Lehndorff* (Hg.), Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt, Hamburg, 190–206.

*Troost*, Axel und Philipp *Hersel* (2012), Die Euro-Krise als Zäsur: Eine neue Finanz-, Geld-, und Wirtschaftspolitik in Europa; download: http://www.zeitschrift-luxemburg.de/?p=2082 (25. August 2011).

*Wickham*, James (2012), Nach dem Ende der Party. Das irische Beschäftigungsmodell und die Paradoxien des Nicht-Lernens, in: Steffen *Lehndorff* (Hg.), Ein Triumph gescheiterter Ideen. Warum Europa tief in der Krise steckt, Hamburg, 69–88.